

# Vom Zukunftsdiskurs zum Reallabor – Stadtumbau in Zeiten der Transformation

## Chancen und Grenzen wissenschaftlicher Begleitung

*Michael Thomas*

Der Wettbewerb „Zukunftsstadt“<sup>1</sup> adressierte die kommunale Ebene in ihrer besonderen Bedeutung für zu meisternde städtische Transformationsprozesse; die Notwendigkeit solcher Transformationsprozesse war als fraglos gesetzt. Begründungen fanden sich zudem in den unterschiedlichen Debatten zu Klimawandel, Nachhaltigkeit etc., insbesondere in Folge des Gutachtens des WBGU (2011). Die Organisation der vielfältigen lokalen Akteure hinsichtlich Kommunikation und praktischer Interaktion, also vor allem die zwischen kommunaler Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung, sollte diese komplexen Gestaltungsherausforderungen aufnehmen und angepasst umsetzen. Definiert wurden konkrete Zielstellungen, Aufgaben und Zuständigkeiten, sowohl für solche Transformationsprozesse wie für die dafür als relevant angesehenen Akteure. Einen besonderen Part sollte dabei die Wissenschaft einnehmen. Gerade sie hatte neue Formen der Zusammenarbeit, des Erprobens, Experimentierens, Inszenierens etc. anzustoßen. Und schließlich sollte ein Ergebnistransfer in praxisnahe Verwertung der Kommunen vorbereitet werden.

Zweifellos war das ein herausforderndes Unterfangen und offenes Wagnis – Stadtumbau als Transformationsfall. Die wissenschaftliche Begleitung<sup>2</sup> des Projektes „Zukunftsstadt Finsterwalde“ hat mit ihren Erfahrungen und Voraussetzungen diese Aufgabenstellungen angenommen und für den Fall der Stadt F.<sup>3</sup> (mit ihrer besonderen Lage, ihrer Typologie, Geschichte und aktuellen Charakteristik) entsprechend konkretisiert. Die Stadt Finsterwalde

---

<sup>1</sup> Wettbewerb „Zukunftsstadt 2030+“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bundesanzeiger. Veröffentlicht am 6. Februar 2015. BAnz AT 06.022015 B6. Wettbewerbsträger war F.-Stadt, Auftragnehmer complan Kommunalberatung GmbH. Alle Projektmaterialien liegen bei Stadt und Auftragnehmer vor. Die vorliegende Studie ist eine nachträgliche wissenschaftliche Reflexion in eigener Verantwortung.

<sup>2</sup> Über beide Phasen wurde das Projekt (eingeschlossen die vorausgehende Beteiligung an der Konzipierung und Antragstellung) vom Autor der Studie begleitet. In der zweiten Projektphase wurde die Begleitung erweitert durch die Einbeziehung von Harald Kegler von der Universität Kassel, der zudem zeitweilig ein Team von Studentinnen und Studenten mitwirken ließ. Zugleich arbeiteten vom BISS e.V. Frank Berg und Frank Thomas Koch mit. Deren Ergebnisse sind hier mit eingeflossen. Harald Kegler ist insbesondere für die systematischen Überlegungen zu Resilienz und Reallaboren zu danken.

<sup>3</sup> Dass es sich um Finsterwalde handelt, ist nicht zu verbergen. Dafür gibt es auch keinen Grund. Dennoch scheint eine hier vorgenommene partielle Anonymisierung angebracht, um auf den nunmehr erfolgten separaten Reflexionsprozess außerhalb des Projektkontextes zu verweisen.

hatte sich als einzige im Land Brandenburg und als eine unter vier in den neuen Bundesländern erfolgreich in der ersten Wettbewerbsphase durchgesetzt und den Sprung in die zweite Phase geschafft. Diese beiden Phasen werden nachfolgend reflektiert. Zugleich werden Fragestellungen für die dritte Phase aufgegriffen, denn die Umsetzungspraxis in den beiden ersten Phasen wurde durch die Erwartungen einer dritten Phase wesentlich geprägt.

Der Sprung in die dritte Phase ist nicht gelungen. Dass es sich dabei nicht einfach um ein Scheitern des Projektes handelt, wird nachfolgend begründet.

## **1. Zielstellung – eine widersprüchliche Konstellation**

Mit der Auslobung des Bundeswettbewerbs „Zukunftsstadt“ durch das BMBF am 6. Februar 2015 verfolgte die Bundesregierung das Ziel, den „nachhaltigen Umbau der Siedlungs- und Raumstrukturen“ durch experimentelle Formate zu befördern und stellte folgende Aufgabe: „Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung deutscher Städte (Umbau, Rückbau, Innenentwicklung, Umstrukturierung oder Stadterweiterung) ergibt sich aus Anforderungen des Klimawandels und dessen Folgen, den übergeordneten Klimaschutz- und energiepolitischen Zielen sowie soziokulturellen und demografischen Veränderungsprozessen. Diese Herausforderungen sollten im Zusammenhang betrachtet und in der Stadtentwicklungsplanung – im Zuge integrierter Maßnahmen – berücksichtigt werden. Raum-, Siedlungs- und Infrastrukturen müssen auf Gebäude-, Quartiers- und gesamtstädtischer Ebene stärker in Zusammenhang gebracht werden. Die vielfältigen Aspekte städtischer Lebensqualität (Stadtklima, Baukultur, Funktionsmischung, kulturelle, bauliche und soziale Diversität, ausreichendes und qualitativ hochwertiges Stadtgrün, biologische Vielfalt usw.) sind dabei zu berücksichtigen.“ (BMBF 2015: 14)

Dem Wettbewerb ging ein gut zweijähriger wissenschaftlicher Vorlaufprozess voraus, der im Rahmen der eigens für die Bündelung von Aktivitäten zum Umbau der Städte gegründeten „Nationalen Plattform Zukunftsstadt“ (NPZ) die Ziele und Aufgaben für diesen groß angelegten Wettbewerb erarbeiten sollte. Die Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in der „Strategischen Forschungs- und Zukunftsagenda“, die mit Wettbewerbsbeginn vorgelegt wurde. Neben den „Strategischen Leitthemen“ enthält diese Agenda auch konkrete Forschungsfelder. Die Forschungsfelder zielen auf Erkenntnisse zur Transformation ab, welche im Wettbewerb und in unmittelbarer Mitwirkung am kommunalen Prozess gewonnen werden sollen. Es geht weniger um Grundlagenerkenntnisse als um experimentelle Umsetzungsprozesse, insbesondere mittels der nahezu zeitgleich mit dem Wettbewerb in

Diskussion und Praxis eingebrachten Reallabore: „Die Forschung soll Wege aufzeigen, Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe unter Einbeziehung aller Akteure zu ermöglichen.“ (BMBF 2015:7) Damit sollte die Forschung vor allem Prozesse anregen, welche die festgesetzten Ziele für die Stadtgesellschaft erreichbar werden lassen. Als passende Methode wurde die direkte Einbeziehung der Bürger als gleichberechtigte Partner im Sinne einer „Citizen Science“ (vgl. Franzen, Hilbrich 2015) betrachtet.

Das Leitthema 1 „Soziokulturelle Qualität und urbane Gemeinschaften“ definierte grundlegende Herausforderungen für alle Bemühungen um die Ausgestaltung der „Zukunftsstadt“ und war insbesondere für die hier zu reflektierende Stadt als bedeutsam anzusehen. „Der erforderliche Umbau der Städte in Deutschland kann vor allem dann erfolgreich sein, wenn die urbane Lebensqualität weiter ausgebaut wird. Die Auseinandersetzung mit der gesamten Breite des Akteursspektrums und der sozialen Beziehungen in der Stadtgesellschaft ist Voraussetzung für jegliche Maßnahmen zur Zukunftsstadt. [...] Alle Vorhaben stehen unter der Prämisse der Sicherung, Stärkung und Aktivierung soziokultureller Qualität. [...] Die Wissenschaft soll Instrumente und Verfahren entwickeln, die den nachhaltigen Stadtumbau qualifizieren und beschleunigen.“ (BMBF 2015: 8)

Damit waren zentrale Ansatzpunkte für erforderliche – weitgehend neuartige – Kommunikations- und Interaktionsprozesse gesetzt, mit denen sich umfassende Ansprüche von Transformation und Resilienz erfüllen lassen sollten. Diese machten, insbesondere aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung, den strategischen Kern des Wettbewerbs aus. „Resilienz ist eines der zentralen Systemmerkmale einer nachhaltigen Stadtentwicklung und betrifft Landschaft, Siedlung, Wirtschaft, Gesellschaft und Infrastruktur gleichermaßen. [...] Die Forschung soll die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, Anpassungs- und Resilienzstrategien zu entwickeln und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen in die Stadtentwicklung zu integrieren.“ (BMBF 2015: 8) Es geht um umfassende Aspekte nachhaltiger Entwicklung.

Übergreifend wird mit Resilienz auf die Selbsterneuerungsfähigkeit gesellschaftlicher Systeme abgehoben (vgl. Kegler 2014: 18ff.; Kegler 2015). Das stellt schon einen starken Bezug zur Transformationsperspektive dar. Eine weitere Zuspitzung in Richtung einer solchen Perspektive war in der Innovationsagenda mit dem Vorschlag der Experten verbunden, „hybride Stadtgebiete der Zukunft als urbane Modellprojekte zu entwickeln“ (BMBF 2015: 14). Das kann beispielsweise bedeuten, dass „stadtverträgliche Produktion [...] in innerstädtische Entwicklungsgebiete integriert werden [sollte], damit infrastrukturelle

Synergien genutzt und bestehende Büro- und Gewerbegebiete durch intelligente Funktionen für Leben und Arbeiten erweitert werden, um diese zukunftsrobust und planungsrechtlich handlungsfähig zu gestalten (z. B. durch gemeinschaftliche Energieinfrastrukturen, neue Mobilitätsangebote, hybride Büro- oder Wohnformen)“ (ebd).

Hybride Strukturen, deren Bedeutung für Übergangs- und Transformationsprozesse hinreichend belegt ist, sind bislang ein zu wenig beachtetes Thema beim Stadtumbau. Um solche Strukturen Modellprojekte (wie eben „Zukunftsstadt“) im Wettbewerb zu platzieren, ist eine Herausforderung wie zugleich enorme Chance. Denn so können Modellprojekte gleichsam „Stachel“ sein für den Anspruch transformatorischer Stadtentwicklung. Allerdings werden demgegenüber innerstädtische Gebiete oft lediglich als Bereiche für neue monofunktionale Entwicklungen betrachtet – etwa als Einfamilienhaus- oder Gewerbegebiete –, nicht hinsichtlich der gegebenen hybriden Möglichkeiten einer Integration von Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen und Freizeit, also einer umfassenden Perspektive auf nachhaltige Stadtentwicklung. – Hier wäre schon der Unterschied zu betonen zwischen den lange praktizierten Stadtumbau und Ansätzen „integrierter Stadtentwicklung“ sowie den nunmehr mit „Zukunftsstadt“ gesetzten Zielen.

Wie noch zu zeigen ist, waren mit diesen unterschiedlichen Perspektiven sowohl konzeptionelle wie praktische Herausforderungen verbunden, die sich in erheblichem Maße als widersprüchlich, ja inkonsistent bzw. nahezu unvereinbar erweisen sollten. Während sich einerseits mit dem angeführten Bezug auf urbane Modellprojekte als hybride Gesellschaftspraxis gleichsam die Resilienz- und die Transformationsthematik unmittelbar verschränken lassen und der Kern zukunftsfähiger Stadtgestaltung erkennbar wird (vgl. Kegler 2015; Thomas, Busch 2015), waren dafür kaum Voraussetzungen verfügbar und wurden bzw. werden Stadtplanung und Stadtentwicklung durch etablierte Förder- und Finanzierungsverfahren eher im bisherigen Handlungs- und Modernisierungsmodus bestärkt.<sup>4</sup> Das ist kein Sonderproblem für F-Stadt; es gilt für viele der Städte, die mit der Wende nach 1990 einen enormen Umbruch zu bewältigen hatten. Hier liegt insofern ein systematischer Konfliktpunkt, der den Wettbewerb insgesamt betrifft und sich nachfolgend für F-Stadt explizieren lässt. Die Tatsache, dass sich das Thema „Reallabore“ – der für die dritte Phase gesetzte praktische Rahmen eines Transformationsdesigns – nicht ausreichend kommunizieren ließ und zu teils heftigen Auseinandersetzungen führte, ist nicht dem mangelnden Willen oder Vermögen einzelner Akteure geschuldet, sondern betrifft wesentlich

---

<sup>4</sup> Evtl. bricht hier eine Kluft auf zwischen Transformationsanforderungen und den Verfahren wie Richtlinien für Förderung und Finanzierung. Auch das wäre dann eine Herausforderung.

eine offensichtlich Diskrepanz zwischen gegebenen Voraussetzungen und dem zu implementiertem Design.

## 2. Konturen einer Kleinstadt

Kriterien der Raumordnung bestimmen F. als Kleinstadt. Auch mit neueren Definitionen und Bestimmungen – insbesondere etwa aus dem Modellvorhaben „Kleinstädte in peripheren Lagen“ (siehe BBSR 2015: 5) – wird die angeführte Klassifizierung bestätigt und zugleich weiter konkretisiert. F. ist demnach eine von 1.303 Kleinstädten (ist mit über 10.000 bis 20.000 Einwohnern eine „große Kleinstadt“) Deutschlands in peripherer und sehr peripherer Lage im ländlichen Raum. Sie liegt in einer strukturschwachen Region im Süden Brandenburgs, umgeben von Heidelandschaften, Naturschutzgebieten, aber auch Bergbaufolgelandschaften. Die Entfernungen zu Berlin, Dresden, Leipzig oder auch Cottbus bringen sie in eine Rand- bzw. Zwischenlage, die sich als „sehr peripher“ kennzeichnen lässt.

Angesichts sich abzeichnender problematischer Trends in Metropolen, in Agglomerationsräumen scheint eine gewisse Aufmerksamkeits- und Diskursverlagerung hin zu kleineren und auch ländlichen Städten bzw. Regionen nachvollziehbar. Zudem spricht allein schon die Tatsache, dass in diesen Städten mehr als zwölf Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben, dafür. „Das Bewusstsein in Politik und Fachöffentlichkeit für die gesellschaftliche Bedeutung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, aber auch für die Herausforderungen von kleineren Städten und ländlichen Räumen ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen.“ (BBSR 2017: 14)

Allerdings muss für diesen Stadt-Typus von ungünstigen Entwicklungstrends und von deutlichen Negativentwicklungen ausgegangen werden – es handelt sich überwiegend um schrumpfende bzw. stark schrumpfende Städte. Für ostdeutsche Kleinstädte, also auch für F-Stadt, werden solche Negativtrends insbesondere mit dem tiefgreifenden Transformationsprozess nach 1989 verbunden – wirtschaftlicher Einbruch und Bevölkerungsschwund erfolgten hier gleichsam im Zeitraffer.

Eine solche Charakterisierung setzt so oder so komplizierte Rahmenbedingungen für städtische Entwicklungen. Periphere Städte (oder auch Regionen) befinden sich häufig in einem umfassenden *Trend zur Peripherisierung*, der zudem nahezu zwangsläufig mit einer *Selbst-Peripherisierung* verbunden ist: man empfindet sich, man macht sich selbst noch schlechter (vgl. auch IRS 2014: 14). Eine Reihe von Indikatoren (z. B. Städte- oder Landkreisrankings; Wirtschaftsreports; Arbeitslosenstatistiken etc.) belegen zudem die

Einschätzungen; aktuell vorliegende demographische Prognosen kommen zu keinem anderen Ergebnis (vgl. Seibert, Scharwächter 2019).

Der „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung hatte für diesen Typus und mit direktem Einschluss von F-Stadt markante Aussagen getroffen. Städte dieses Typs („Stark schrumpfende Kommunen mit besonderem Handlungsdruck“) hätten angesichts erodierender Pfadabhängigkeiten wohl nur dann eine Chance zur Zukunftsgestaltung, wenn die Bürger diese selbst in die Hand nehmen, entsprechende Partnerschaften, Netzwerke bilden würden.<sup>5</sup> Denn zunehmende finanzielle Engpässe, sich verschlechternde Rahmenbedingungen würden Hilfe von außen kaum zulassen. Gefragt seien also die sogenannten *endogenen* Potenziale. Aber für solche wären gerade in diesen Kommunen keine entsprechenden Voraussetzungen gegeben: „Im Grunde bietet die Ausgangslage dieser Städte und Gemeinden eher wenig Potenziale für eigenständige Entwicklungen.“ (vgl. Wegweiser Kommune 2016). Damit ist letztlich eine Entwicklungsfalle definiert – nicht anschlussfähige Ressourcen, keine hinreichende Unterstützung „von außen“, keine eigenen (endogenen) Potenziale.

Befunde unterschiedlicher Projekte, letztlich kann das auch für das hier thematisierte gelten, fallen differenzierter aus; die Chancenlosigkeit ist überzeichnet. Dennoch spitzt sich die Frage auf die erforderliche eigenständige Perspektive zu, welche sowohl die Fortsetzung bisheriger Entwicklungen (Inklusion in den dominierenden Pfad) wie aber auch die Adaption „neuartiger“ Konzepte von wirtschaftlichem Wettbewerb und Wachstum ausschließt, zumindest relativiert. Die beste (und wohl einzige) Chance besteht entgegen der Negativprognose im „Wegweiser Kommune“ in einer *eigenständigen* Zukunftssuche. Während die Inklusionsperspektive lange die mentale Stimmungslage dominiert hat, die Adaptionperspektive vielfach von Wirtschaft und Politik vertreten wird, geht es bei der nunmehr benannten Perspektive durchaus nicht darum, strukturelle Nachteile einer Stadt wie F. auszublenden und für eine zweifelhafte Selbstverantwortung zu plädieren, sondern unter Beachtung erforderlicher finanz- und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen eine *angemessene Gestaltungsperspektive* zu gewinnen. Das definiert einen weitgehenden Transformationsanspruch. Dafür wäre allerdings eine erhebliche Neujustierung erforderlich, für die sich Erträge zeigen lassen. „Dieser Perspektivenwechsel – weg von Stigmatisierungen und Defizitsicht – beinhaltet die Chancen eines Mentalitätswandels, verbunden mit einer Wertschätzung und einem offenen Blick für die Herausforderungen, aber auch die Leistungen

---

<sup>5</sup> Ein gutes Beispiel ist – sozusagen im Nachklang zum Projekt „Zukunftsstadt“ – in F-Stadt die Sanierung des Wasserturms als Wahrzeichen der Stadt, für welche eine Bürgerinitiative bzw. der Verein „Lebenswert e.V.“ die Initiative übernommen hat.

und Potenziale von Kleinstädten.“ (BBSR 2015: 5) Worauf lässt sich zurückgreifen, wonach suchen?

Einen interessanten Bezugspunkt liefern einige der neueren Diskussionen in der Stadtforschung, die sich um Fragen nach dem „Habitus“ einer Stadt, nach ihrem möglichen „Eigensinn“ oder nach der zu verzeichnenden „Eigenlogik“ städtischer Entwicklung ranken (vgl. etwa Berking, Löw 2008). Wenn wir von allgemeinen Globalisierungsherausforderungen für Städte sprechen, so stellen sich diese durchaus spezifisch für eine Stadt im Ruhrgebiet, für eine Stadt an der Ostseeküste oder eben eine solche wie F. Von Einfluss sind möglicherweise nicht nur die Umgebung bzw. Lage, und auch nicht nur die Ausstattung mit Infrastruktur, mit Wirtschaftseinheiten etc., sondern zudem soziale Konstellationen, kulturelle und politische Muster, Gewohnheiten etc. Statt Stadt nur als Ausschnitt bzw. als Verkleinerung von Gesellschaft zu sehen, geht es um die *zu konstatierende Eigenlogik*, gerade auch im Sozialen, im Kulturell-Alltäglichen: *Wie* macht man das hier, *was* ist hier das Gewohnte etc.? Geht die Konsequenz eher in Richtung einer Inklusion ins Bisherige oder vollziehen sich perspektivische Öffnungen?

Die Diskussion um städtische Eigenlogik ist kontrovers, Befunde sind nicht zu überzeichnen. Aber dennoch trifft man vor Ort im alltäglichen Bewusstsein die Meinung, dass F-Stadt nicht H-Stadt sei; und die nachzuweisende besondere (für F. ausgeprägte) Fähigkeit zur Akquise von Fördermitteln könnte durchaus mit einer gewissen Eigenlogik zu tun haben (vgl. Zimmerman 2008: 208). Langjährigen Forschungen zum Vergleich von europäischen Städten im Prozess postsozialistischer Transformation geben zudem Belege und Anregungen, um solche Eigenheiten nicht zu übersehen (vgl. Bude, Medicus, Willisch 2011; Thomas 2011; Willisch 2012).

Eine begleitende Studie<sup>6</sup> hat wesentliche Elemente der Stadtgeschichte aufgezeigt, die sich – sowohl hinsichtlich der längeren wie der unmittelbaren Vorgeschichte – auf Anschlusspunkte und insbesondere einen möglichen Eigensinn dieser Stadtgesellschaft befragen ließen. Das betrifft Elemente der Baugeschichte (Villen der Textilunternehmer, Bauhausarchitektur im privaten und öffentlichen Raum), industrieller Strukturen (Brachen, freie Flächen, Anlagen), eine diversifizierte und durchaus „robuste“ wirtschaftliche Struktur, welche den Umbruch „überlebt“ hat, aber auch damit verbundene Mentalitäten und

---

<sup>6</sup> Vgl. Koch, Frank Thomas, Thomas, Michael et al. 2018: Studie zur wissenschaftlichen Begleitung des Projekts Zukunftsstadt Finsterwalde – durchgesehene Endfassung vom Mai 2017

Habitusmuster (Selbstbewusstsein, Bodenständigkeit). F-Stadt hat in der Tat Eigenes zu bieten, hebt sich mit ihren alltäglichen Lebenspraktiken von Städten der Umgebung ab.

Neben solchen längeren Tradierungen wurden zudem aktuelle zentrale Konzepte und Projekte der Stadtentwicklung ausgewertet. Es ging um leitende Konzepte und praktische Ergebnisse des Stadtumbaus seit 1990. F-Stadt hatte vielfältige Impulse erfahren und umsetzen können. Neben den baulich sichtbaren Ergebnissen war vor allem die erkennbare Gestaltungs- und Durchsetzungskraft kommunaler Akteure – insbesondere einer starken Kommunalpolitik – festzuhalten und ebenso in Begleitung wie wissenschaftliche Expertise einzubeziehen. Welche Konsequenzen verbinden sich mit den verschiedenen Faktoren bzw. Mustern, die für die jeweils unterschiedlichen Akteure – Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik – ihre Relevanz besitzen?

### **3. Kommunikation – Interaktion – soziales Kapital: „Doing city“ als Zuwachs an Transformationsfähigkeit?**

Transformation und Resilienz als Begriffe besitzen eine starke handlungstheoretische bzw. handlungsanalytische Orientierung. Zentrale Aspekte sind Erfahrungsbildung, Zugewinn an Selbstbefähigung, damit verbundene Gestaltungskapazität bzw. der Aufbau dafür erforderlicher, relevanter Ressourcen. Übersetzt auf Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsprozesse ist dieses konzeptionelle Vorgehen anschlussfähig an Konzepte einer neuen Planungskultur (vgl. Siebel 2009), welche seit einigen Jahren verfolgt werden und für welche sich – in einem umfangreichen Setting von weiteren Spezifizierungen – durchaus auch die Label „kooperativ“ und „kollaborativ“ als gemeinsame Überschriften gewinnen lassen. *Kooperativ* zielt dabei in besonderem Maße darauf, dass Planungs- und Entwicklungsprozesse nicht mehr nur von einer Ebene (Staat) oder einem Akteur (Politik) vorgenommen werden können, sondern insbesondere eine Kooperation mit der Zivilgesellschaft verlangen. Und *kollaborativ* meint im strikten Sinn eine direkte Mitwirkungspraxis. Insofern finden sich hier wichtige Orientierungen für das anspruchsvolle Transformationsdesign, gerade mit Blick auf soziale und soziokulturelle Voraussetzungen.

Wenn es um kooperative Prozesse geht, um deren Voraussetzungen, Chancen und Effekte, kommt aus soziologischer oder politikwissenschaftlicher Perspektive vor allem das *Konzept des sozialen Kapitals* in den Blick. Denn gerade mit diesem Konzept lassen sich Aussagen über Voraussetzungen und Konsequenzen solcher Prozesse machen. Mit Bezug auf einen systematischen Strang, der dieses Konzept vor allem in der Tradition von Pierre Bourdieu



entwickelt hat, konnte die wissenschaftliche Begleitung stringente Ansätze zur Intervention in Prozesse wie zu deren Einschätzung aufstellen. Der Kern besteht darin, dass sich in Vergemeinschaftungs- oder Vergesellschaftungsprozessen Beziehungsformen unterscheiden lassen, denen *jeweils spezifische Kapital-Qualitäten* zuzuschreiben sind. Im positiven Fall hat soziales Kapital eine deutliche Ressourcenfunktion (einen „sozialen Mehrwert“). Hinzuweisen war aber für Intervention und Einschätzung zugleich auf die Tatsache, dass diese eigentümliche Ressource kooperativen Handelns rasch zerfallen kann, also immer wieder durch kooperatives Handeln erneuert werden muss. Und letztlich sind ausreichend starke Entwicklungsimpulse mit einem solchen Handeln nur dann verbunden, wenn dieses aktiv mit der institutionellen (politischen) Umwelt verknüpft ist – auf diese wirkt, von dieser „aufgenommen“ wird. Im Idealfall geht es um eine so initiierte gemeinsame Umsetzungspraxis. Insofern handelt es sich um ein durchaus recht komplexes Design. Dafür liegt ein ausreichender Fundus von Untersuchungen vor (vgl. Putnam 2001; Woolcock 2000). Ebenso ist auf eigene Befunde und Erfahrungen zu verweisen (vgl. Nuissl, Schwarz, Thomas 2002; Thomas 2011).

Nachfolgend wird das Konzept auf zwei signifikante Projektphasen angewendet. Einmal auf die in der ersten Phase des Projekts „Zukunftsstadt Finsterwalde“ geschaffenen Voraussetzungen bzw. *das akkumulierte soziale Kapital*. Gelingt Kapitalbildung, welche Art von Beziehungen dominiert? Gelingt es vor allem, Prozesse so zu justieren – oder finden sich entsprechende eigenständige Entwicklungen –, dass die Transformationsfähigkeit gestärkt wird? Erfolgen die Inkorporation transformationsspezifischer Ziele, diesbezüglichen Wissens, entsprechender Handlungspotenziale etc.?

Angesichts der Tatsache, dass es sich bei dem sozialen Kapital eben um eine flüchtige Ressource handelt, die nicht irgendwie weitergegeben oder vererbt werden kann, stand dann für den Übergang in die zweite Projektphase die weitere Frage, ob ein aktiver Kapitaltransfer gelungen ist. Dies nämlich wäre für Aufbau und Umsetzung der angestrebten Reallabore zentral.

### ***Ertragreiche Startphase***

Im Frühjahr 2015 hat die Stadt gemeinsam mit späteren Partnern die günstige Gelegenheit einer Beteiligung am Wettbewerb Zukunftsstadt 2030+ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ergriffen. Eine günstige Gelegenheit war dies deshalb, weil sich in der Tat für die Stadt ein entsprechendes „window of opportunity“, ein Gelegenheitsfenster, aufgetan hatte. Dies war, wie die Vorbemerkungen gezeigt haben, keinesfalls selbstverständlich.

Dem Projekteinstieg kommt in der Regel besondere Bedeutung zu. Mit einer gelingenden Eröffnungssequenz lässt sich gleichsam eine positive Verlaufskurve konstituieren – hinsichtlich Zielstellung und Prozessdynamik – wie mit einer misslingenden Eröffnungssequenz eine negative oft unvermeidlich wird. Das ist etwas stilisiert, trifft aber die Herausforderung. In F-Stadt waren nicht nur die allgemeinen Voraussetzungen kompliziert, auch die aktuelle politische, öffentliche Stimmungslage war sehr kritisch: Vielfach, so in den sozialen Medien und auf einer größeren Diskussionsveranstaltung lautstark artikuliert, galten Stadt und Zukunft als nicht miteinander vereinbar. Ein erstes Echo auf das Projekt „Zukunftsstadt“ war kritisch bis hämisch. Die Eröffnungsveranstaltung wurde zu einem echten Spagat, mit sehr kontroversen Debatten, aber einem starken und positiven Ergebnis: Es gelang, eine tragfähige Leitperspektive zu verankern wie sich eine ebenso tragfähige zivilgesellschaftliche Akteursstruktur konstituierte.

Mit der begründeten Fokussierung auf eine *lebenswerte* Stadt als übergreifende Perspektive war vor allem die Initialzündung für einen aktiven Beteiligungsprozess gegeben, mit dem sich die engagierten Akteure aus fatalen und zum Teil noch selbst verstärkten Zuschreibungen (also einer Selbstperipherisierung), einer damit verbreiteten Ratlosigkeit lösen konnten. Eine Schlüsselfunktion kam dem von der wissenschaftlichen Begleitung entwickelten Slogan „F-Stadt rückt zusammen“ zu. Die Beteiligten sahen hierin ihre Wahrnehmungen der Stadt wie mehr noch ihre Erwartungen an zukünftige Stadtentwicklung bestätigt, sahen sich legitimiert, entsprechend auch öffentlich aufzutreten. Mit dem Projekteinstieg vollzog sich zunehmend *eine ausstrahlende Beziehungsarbeit*, wie sie als gewichtiges Kriterium für den Aufbau von sozialem Kapital gilt: Es sind die auszumachenden „schwachen“ oder „weiten“ Beziehungen, also die zwischen unterschiedlichen Akteuren – eingeschlossen die wissenschaftliche Begleitung –, denen vor Ort eine besondere Bedeutung zukam.

Mit dieser Beziehungsarbeit ist es ebenso gelungen, eine neue „Diskurswahrheit“<sup>7</sup> zu setzen bzw. aufzudecken. Nicht mehr Niedergang, Unsicherheit und Ratlosigkeit, sondern eine Perspektive, die begründet Zukunft zwischen diesem Negativszenario wie falschen Erwartungen (Prosperität in einem irgendwann zu erreichendem Wachstum) setzt, also die

---

7 Vgl. hierzu die Diskussion in Thomas 2001. Der Impuls war im Eröffnungsworkshop einfürend von der wissenschaftlichen Begleitung so gesetzt und hatte – in einer durchaus „spannenden“ Konstellation „gezündet“. Das war nicht unbedingt zu erwarten; neue Wahrheiten kann man nicht oktroyieren. Hier ist nicht in die Diskursanalyse einzusteigen. Nur ein aufschlussreicher Verweis: Um 1995 war es in der Niederlausitz gelungen, dem Diskurs über eine „sterbende Textilindustrie“ den über noch mögliche Chancen entgegen zu setzen. Markant mit dem Slogan „Der Osten kommt in Mode!“ der Bundesgartenschau in Cottbus. Das war eine wirksame Umdeutung. Deren relativ erfolglose weitere Geschichte hat verschiedene Gründe (vgl. ebd.).

einer Stabilisierung oder auch Resilienz. Wir hatten diesen Begriff, dieses Konzept einleitend kurz begründet. Der alltagstaugliche Begriff „lebenswerte Stadt“ verdeckt möglicherweise die Brisanz eines solchen Richtungswechsels regionaler Entwicklung, wohl auch die Herausforderungen, die damit für Institutionen und Akteure gesetzt sind. Demgegenüber macht er aber besonders deutlich, dass diese Diskurswahrheit nicht allein qua wissenschaftlicher Expertise analytisch gefunden oder nur theoretisch begründet wurde. Sie verdankt sich vielmehr ebenso alltäglicher Reflexion engagierter Akteure der Bürgerschaft, die genau darin ihre Beteiligung am Projekt „Zukunftsstadt“ begründen konnten. Die immer wieder mit Rankings etc. unterstrichene Einschätzung für die Stadt, im Wachstumswettbewerb nicht mithalten zu können, wurde nicht als Verlust aufgenommen, sondern selbstbewusst gedreht.<sup>8</sup> Es war ihre alltägliche Erfahrung, bei Teilen der Jugendlichen (von Kindern bis zu jungen Erwachsenen) ebenso wie etwa der wichtigen sozialen Gruppe von Rückkehrerinnen und Rückkehrern, die so auch eine deutliche Affinität für erforderliche Transformationsprozesse aufbrachten.

Es ließen sich viele Belege für weitere öffnende Prozesse, also die Generierung von sozialem Kapital, anführen. Das Projekt konnte durch die unterschiedlichen Aktionen und Aktivitäten offengehalten werden. Es wurden praktische Impulse gesetzt; mit Blick auf mögliche Transformationsprozesse wurden Diskussionen angeregt. Das hatte Konsequenzen für die letztlich verabschiedete Vision.

Diese Vision, beispielsweise mit einem „Öffentlichen Gewächshaus“ für regionale, ökologische Produkte wie Beteiligung und Diskursraum, oder mit einem „Glasfaser-Campus“ als attraktiver Lebens- und Arbeitsort für junge Familien, einem Wohnlabor zum Erproben zukunftsfähiger Lebensmodelle, einer familienfreundlichen Infrastruktur etc., stellt zweifellos einen markanten Zukunftsentwurf dar, der sich mit den eingangs skizzierten Anforderungen an Resilienz und Transformation verträgt bzw. diese aufnimmt. Zugleich blieb dieser Entwurf durch die praktizierte Beteiligung so hinreichend „geerdet“, dass er als direktes Handlungsangebot an alle relevanten kommunalen Akteure gelten konnte. Trotz einzelner irritierender Diskussionen schien eine Brücke möglich zwischen dieser visionären Entwicklungsperspektive und dem konkreten und laufenden Stadtbau.

Mit der übergreifenden Bündelung einer „Smart City – familienfreundlich“ wurden ausdrücklich die genannten hybriden Gestaltungsmöglichkeiten angesprochen, nicht bloße

---

<sup>8</sup> Eine wichtige Rolle spielte auch die Tatsache, dass ein zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur, der Verein „Generationen gehen gemeinsam“ (G 3 e.V.), zuvor bereits in der Region engagiert Zukunftsdebatten durchgeführt und erfolgreich Projekte umgesetzt hatte. Der Verein war Mitinitiator des Projektes „Zukunftsstadt“ und aktiver Vertreter der Zivilgesellschaft.

Digitalisierungsfantasien oder verbreitete primär technizistische Konzepte. Die Kommunalen Stadtwerke wollten ihre besonderen Fähigkeiten („superschnelles Internet“) einbringen; der Großteil der jüngeren Stadtbevölkerung, auch die wachsende Zahl von Rückkehrerinnen und Rückkehrern, konnte mit dem Leitbild „familienfreundlich“ oder „lebenswert“ Positives verbinden (vgl. Thomas 2017). Insofern kam es zu den aktiven Beteiligungsprozessen – zu dynamischen, sich selbst verstärkenden Kapitalbildungen. Letztlich also konnte die Frage, ob das Projekt mit einem Zuwachs an Transformationsfähigkeit verbunden war, ebenso positiv beantwortet werden: „Zukunftsstadt“ – eine tragfähige Vision für die Transformation kleinerer Städte, für urbane Zentren im ländlichen Raum.

### *Schwieriger Übergang*

Nach einigen Beratungen im neu konstituierten Zukunftsteam, in denen vor allem Vorschläge für thematische Orientierungen vorgenommen wurden, erfolgte der Start in die zweite Projektphase mit einem Stadtdialog Anfang April 2017. Dieser Stadtdialog, fasst man ihn etwas holzschnittartig zusammen, war einerseits charakterisiert von einer *zahlenmäßig durchaus beachtlichen Anwesenheit*, andererseits aber von einer demgegenüber *geringen aktiven Beteiligung* (auch zu kritischen Punkten fand keine Diskussion statt). Nur zum Teil ergab sich das aus der gewählten Ausrichtung auf anstehende praktische Umsetzung der visionären Ansätze, auf so für erforderlich angesehene stärkere fachliche Professionalisierung. Nunmehr sollte in thematisch begrenzten „Fokusgruppen“ gearbeitet werden, nicht mehr unbedingt mit breiter Bürgerbeteiligung. Das war zum Teil mit den Wettbewerbsanforderungen gesetzt und nachvollziehbar, führte aber auch zu Spannungen zwischen den beteiligten Akteuren: Der skizzierte Startprozess in die zweite Projektphase wurde sichtbar durch politische und öffentliche Ereignisse in der Stadt beeinflusst. Auf diese soll kurz eingegangen werden.

Im Zeitraum von ca. einem Jahr zwischen beiden Projektphasen kam es, anders als vorgesehen, zu keiner Verstetigung von Aktivitäten aus der ersten Phase oder zu Überbrückungsmaßnahmen. Dennoch blieben bisherige Projektansätze wie die konkreten Vorschläge bzw. die Vision in relevanten Teilen der Bürgerschaft positiv verankert – eben in Erwartung einer anstehenden Weiterführung. Von der wissenschaftlichen Begleitung zu Beginn der zweiten Phase durchgeführte umfangreiche qualitative Interviews wie Presseauswertungen konnten das hinreichend nachweisen. Zugleich aber, auch das haben diese Interviews und Auswertungen eindrücklich belegt, kam es zu erheblichen Konflikten in der Stadtgesellschaft und zu Auseinandersetzungen zwischen politischen Akteuren. Anlass

war ein umstrittenes Großprojekt der Stadtgestaltung, welches nicht mit dem Projekt „Zukunftsstadt“ verbunden war.

Dieses Projekt, der Bau einer neuen Stadthalle, hatte eine weit über die Stadt selbst hinausreichende Bedeutung. Vielen erschien er als Krönung erfolgreicher Stadtentwicklung der letzten Jahre, anderen als überdimensioniertes Vorhaben. Die Konflikte und Auseinandersetzungen waren sehr heftig, zum Teil persönlich und mussten anhaltende Nachwirkungen entfalten. Die Stadt zeigte sich zunehmend als politisch zerrissen. Insofern waren die letztlich günstigen Voraussetzungen, welche sich für die Eröffnungssequenz von „Zukunftsstadt“ in der ersten Phase zeigten, nicht mehr gegeben. Die Basis für einen offenen Beteiligungsprozess zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft war sichtbar beschädigt. Auch für die verfolgten Perspektiven einer Stadtentwicklung waren diese Auseinandersetzungen nicht ohne Konsequenz. Die Entscheidungen fielen letztlich pro Stadthalle aus und mussten so zugleich als Bestätigung eingeschlagener Wege des Stadtumbaus verstanden werden, eben als deren Umsetzung. Ein Primat dieser praktischen Perspektive erschien als alternativlos. Viel Geld stand auf dem Spiel.

Mit dem Start der zweiten Phase ließ sich nicht einfach „zur Tagesordnung“ übergehen. Hinter den angedeuteten Veränderungen in der Projektdurchführung standen auch die aufgeführten Konflikte. Das breite und konstruktive Niveau der Beteiligung *konnte* nicht mehr erreicht werden. Andererseits, und das spricht durchaus für eine gewisse Verankerung der Projektideen in relevanten Teilen der Bürgerschaft und kommunaler Politik, kam es nicht zum völligen Abbruch. Nicht nur rhetorisch oder symbolisch wurde für die zweite Projektphase auf eine Umsetzung der von der Bürgerschaft entwickelten Gesamtvision orientiert. Dies erschien vielen der bisher beteiligten Akteure, trotz der erheblichen Konflikte und Auseinandersetzungen, als sinnvoll und möglich. F-Stadt, das haben vor allem die angeführten Interviews gezeigt, sollte „Zukunftsstadt“ werden. Es ging für viele der Beteiligten doch um mehr als die Stadthalle, ohne deren Sonderstellung zu untergraben.

Dennoch wurde sichtbar, dass sich Gesamtvision und transformatorischer Überschuss (experimentelles Suchen, Verbinden unterschiedlicher Formen etc.) nur schwer in eins bringen ließen mit erfolgreich praktizierten Stadtumbauprojekten und eben dem neuen Großprojekt. F-Stadt nahm hinsichtlich solcher Umbauprojekte in der Region seit einigen Jahren eine anerkannte Vorreiterrolle ein. Gerade so war ein markanter Bruch mit der Verlust- und Schrumpfungsperspektive möglich, der Stadtumbau wurde von der Bevölkerung als Zugewinn an Lebensqualität interpretiert, städtische Politik erfuhr dafür ausdrückliche Anerkennung. Gleichsam „natürlich“ oder „zwangsläufig“ musste für kommunale Akteure

das Projekt „Zukunftsstadt“ so eher als Bestätigung, als Ergänzung eingeschlagener Entwicklungspfade aufgenommen werden, weniger als Anregung oder gar Aufforderung, nunmehr doch „anders“ und „weiter“ zu denken. Vielmehr standen ja unmittelbar noch so viele praktische Aufgaben an und musste vor allem der bis dato erfolgreiche Stadtbau weitergehen.

Die aufgezeigten, nicht vollständig behobenen Konflikte beförderten eine Abwehr- bzw. Verteidigungshaltung gegenüber weiteren Forderungen, Zumutungen. Transformation und Resilienz mussten zunehmend als solche erscheinen. Der direkte Einfluss der Wissenschaft wurde schrittweise beschnitten. Auch für einige der visionären Ideen der Bürgerschaft schien das zuzutreffen. Inhalte und Art und Weise der Kommunikation verloren ihren offenen, dynamischen Charakter und erfuhren eine Dominanzverschiebung hin zu kommunalpolitischen Akteuren.

#### **4. Zukunftsgestaltung oder Reallabor – paradoxe Konsequenzen erfolgreichen Agierens**

Zunächst kam es nochmals zu einem breiteren Ansatz der Projektumsetzung. Diskussionen in den thematisch unterschiedlichen Fokusgruppen ließen sich nach vielfachen Debatten zu einem übergreifenden Gesamtkonzept verdichten oder an ein solches anschließen, nämlich dem eines umfassenden Stadt-Campus. Mit diesem verbanden die Initiatoren aus den Fokusgruppen die Überlegungen, dass sich auf einem Areal ehemaliger Industrien in Zentrumsnähe (innerer Rand der Stadt) mehrere und sich wechselseitig vernetzende Aktivitäten würden realisieren lassen. Angestrebt war die Verbindung mit lokalen Bildungseinrichtungen, mit Wohnungsunternehmen, Stadtwerken sowie externen Partnern aus der Bildung (Universität). Weiterhin sollten temporäre Initiativen Möglichkeiten finden, sich mit familienfreundlichem Wohnen, experimentellen Formen von Co-Working und künstlerischen Aktivitäten und einer Smart-city-Initiative einzubringen. Eine Schlüsselfunktion sollte der Verbindung dieses Areals mit dem anliegenden Gymnasium zukommen. Als räumlicher Anker oder Brücke fungierten Konzepte für eine „Mensa 2.0“.

#### ***Aufbrechende Unvereinbarkeiten***

Zusammengenommen zeichnete also durchaus ein herausforderndes Projekt ab, welches Ideen aus der ersten Phase aufgenommen hatte und sich mit den inhaltlich umfassenden Ansprüchen nach Transformation wie Resilienz verbinden ließ. Praktisch war es der Weg zum Erschließen

hybrider Möglichkeiten, methodisch sollte sich somit zugleich ein experimenteller Zusammenhang als Reallabor konstituieren lassen. Und in der Tat ließen sich eine ganze Reihe von Aktivitäten, einschließlich studentischer Inszenierungen von Reallaboren, organisieren und konnte über eine längere Zeit eine beachtliche Projektdynamik gehalten werden. Mit dem Auffinden einer für die Umsetzung geeigneten industriellen Brache, die so auch in einem Workshop inszeniert wurde, zeichnete sich ein erfolgversprechender Weg ab. Erste praktische Schritte zur erforderlichen Umsetzung gingen in Planung. Zwar hatten sich einige Akteure aus Bürgerschaft und städtischer Politik wegen der aufgeführten Konflikte enttäuscht zurückgezogen oder waren verdrängt worden. Dennoch gab es eine Beteiligung von relevanten Akteuren aus allen Bereichen, eine hinreichende und aktive Beteiligungskultur.

Nicht zu klärende bzw. nicht zu beeinflussende Eigentümerinteressen<sup>9</sup> führten zu einem abrupten, unerwarteten Ende dieses Projektes. Verbunden war dies mit einem deutlichen Zerwürfnis zwischen den beteiligten Akteuren, mit Misstrauen und kommunikativen Blockaden. Schon zuvor mehrfach aufgebrochene Irritationen führten zur Eskalation. Mit einer gewissen Vereinfachung lässt sich ein grundlegender Dissens beschreiben zwischen denjenigen tragenden und starken kommunalen Akteuren (Kommunalpolitik, Verwaltung, Kommunalwirtschaft und Planung), die sich auf dem Weg einer erfolgreichen Stadtentwicklung sahen – mit der Stadthalle als hart *erstrittener*, teils heftig *bestrittener* Krönung – und denjenigen (Teilen der Bürgerschaft, wissenschaftliche Begleitung), die auf einem umfangreicheren Anspruch und letztlich auf einem experimentellen Reallabor bestanden. Der schon angedeutete Spannungsbogen zwischen so unterschiedlichen Perspektiven brach nunmehr offen auf.

Schuldzuweisungen wären ebenso einfach wie fragwürdig. Aus Sicht übergreifender Ansprüche, die sich wissenschaftlich mit dem Wettbewerb „Zukunftsstadt 2030+“ verbanden, nämlich mit den nachhaltigen Herausforderungen von Resilienz und Transformation für städtische Entwicklung im Sinn von Zukunftssicherung, erschien ein hier verfolgter Weg von eher „traditioneller“ Stadtentwicklung – Attraktivität, pragmatische Problemlösungen für Wohnen, Infrastruktur etc. – eben als nicht ausreichend zukunftsfähig, blieb sozusagen „unter den Möglichkeiten“. Stellt man diesen Weg aber als selbst gemeisterten Bruch mit der lange drohenden Schrumpfungs- und Peripherisierungslogik heraus, konstatiert man verbreitete und zum Teil anhaltende Vorbehalte gegenüber diesem Regions- oder/und Stadttypus aus Politik und Wissenschaft, so muss das Urteil abgemildert werden. Ähnlich sieht es wohl aus, wenn

---

<sup>9</sup> Letztlich blieb die Stadtpolitik hier lange Zeit scheinbar unentschieden bzw. intransparent.

mit dem Argument praktischer Stadtgestaltung Anforderungen von Resilienz und Transformation schlicht als weltfremd dargestellt werden. Auch hier kann vielleicht in einer weniger aufgeladenen Atmosphäre nicht diese Zuspitzung von zwei gegensätzlichen Wegen, Perspektiven gelten. Die kommunalpolitisch und kommunalwirtschaft aktiven Akteure versuchten durchaus, ökologische Gesichtspunkte und Anforderungen aus dem Klimawandel in den Stadtumbau einfließen zu lassen.

In der Tat kam es nach heftiger Auseinandersetzung nochmals zu pragmatischer Gemeinsamkeit und wurden beispielsweise alternative Campus-Möglichkeiten entworfen. Kern war der Versuch, eher visionäre Ansatzpunkte mit Ansätzen, Schritten praktischer Umsetzung zu verbinden, also nach Übergängen zu suchen. Das schließlich im Konsens entworfene Konzept für die Zukunftsstadt hat durchaus Potenzial für eine angestrebte nachhaltige Stadtentwicklung. Einzelne ausbaufähige, umsetzungsmögliche Einzelprojekte – die Modernisierung der Schule (mit Mensa), eine Lückenbebauung durch ein komplexes Wohnprojekt und Kreativräume im Umfeld der Stadthalle – sollten zu einem realen und einem virtuellen Campus zusammen gebracht werden. Aufgetretene Spannungen zwischen Sicht- und Herangehensweisen sollten nicht einseitig eingeebnet, sondern möglichst ausgehalten werden. Symbolisiert wurde dieses Verständnis als ein Zusammenführen unterschiedlicher „Stimmen“, anknüpfend an den Charakter der Stadt als Musikstadt, mit dem Leitbild „F-Stadt setzt den Kontrapunkt“: Die Vielstimmigkeit des Chores macht den Ton aus.

Während sich also insofern Ansätze einer kritischen Auseinandersetzung mit Fragen von Resilienz und Transformation als Orientierungspunkte für Stadtentwicklung bei den kommunalen Akteuren aufzeigen lassen – trotz bleibender Vorbehalte –, sind die Bestrebungen zur Implementation eines Reallabors und damit des angestrebten praktischen Transformationsdesigns letztlich völlig gescheitert.

### ***Ein nicht vermittelbares Projekt***

Im Wettbewerb „Zukunftsstadt“ war den beteiligten Kommunen als Maßgabe mit auf den Weg gegeben, in der dritten Phase dieses Verfahrens ein „Reallabor“ aufzubauen. Dieses sollte dazu dienen, die in den ersten beiden Phasen des Wettbewerbs gewonnen Ideen und Konzepte mittels eines solchen Reallabors zur Umsetzung zu führen. Initiiert werden sollte ein Realexperiment, um tatsächlich neue Wege zu erkunden, als notwendig angesehene Transformationen in stadtentwicklungspolitisches Neuland gestaltbar werden zu lassen. Die beteiligten Kommunen hatten insofern eine Vorreiterrolle bei der Suche nach kommunalen



Lösungsmöglichkeiten angesichts demografischer, klimatischer, ressourcenmäßiger etc. Herausforderungen (vgl. BMBF 2015).

Das Konzept des Reallabors geht einerseits darauf zurück, eine neue, (andere, zeitgemäße) Art der Verbindung von Wissenschaft und Öffentlichkeit bzw. Praxis zu gewinnen. Insofern wird der naturwissenschaftliche Labor-Begriff auf die Analyse gesellschaftlicher und politischer Prozesse übertragen (vgl. Schneidewind/Borowski 2014). Die unterschiedlichen involvierten Akteure – Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik – sollen in praktischer Interaktion letztlich „Realexperimente“ durchführen, als ein „Lernen an realweltlichen Problemen“ (ebd.: 11). Das Konzept der Citizen Science wird nochmals konkretisiert. Und damit nimmt das Reallabor methodologisch eine Schlüsselrolle für ein mögliches und angestrebtes Transformationsdesign ein: Der kooperative, kollaborative experimentelle Prozess soll zu konzeptionellen und praktischen Ansätzen für zu lösende Transformationsprobleme führen.

Eine beispielhafte Formulierung bzw. Anlage findet sich etwa mit einer in Baden-Württemberg angestrebten Umsetzung.<sup>10</sup> Das Land Baden-Württemberg fördert seit 2015 „ein neues Modell für die Kooperation von Wissenschaft und Gesellschaft: Reallabore machen das Leben zum wissenschaftlichen Experimentierfeld. [...] In Reallaboren begeben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in reale Veränderungsprozesse. Sie begleiten z. B. die Sanierung von Stadtteilen oder die Einführung neuer Mobilitäts- und Energiesysteme. In Reallaboren werden Praktiker aus Kommunen, Sozial- und Umweltverbänden oder Unternehmen von Anfang an in den Forschungsprozess einbezogen. Forschungsfragen eines Umweltverbandes, einer Energiegenossenschaft oder eines Fahrradclubs können dabei ebenso einfließen, wie die eines Technologiekonzerns. In diesem ergebnisoffenen Prozess entsteht Wissen, das in der Praxis etwas bewirkt“ (Baden-Württemberg 2015).<sup>11</sup>

Die Idee der Reallabore folgt insofern der These, wonach die komplexen Herausforderungen in den oben genannten Bereichen bislang unabsehbare Konsequenzen hervorrufen und eine Transformation geradezu erzwingen würden. Dafür mangle es aber an angemessenen Instrumenten und Steuerungsmöglichkeiten. Demnach bedarf es einer neuartigen Suche nach derartigen Verfahren. Es erschien naheliegend, dass eine Suche nicht in wissenschaftlichen Laboratorien allein erfolgen kann, sondern dass die kommunale Realität

---

<sup>10</sup> Es geht nicht um Vergleichbarkeit der Regionen oder Fälle, sondern um die (definitorische und praktische) Bestimmung von Reallaboren.

<sup>11</sup> Solche Reallabore waren Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion der Forschungsgruppe von Harald Kegler. Ergebnisse können hier nicht gesondert reflektiert werden. Zu einigen hatte Harald Kegler im Arbeitskreis „Gesellschaftsanalyse“ vorgetragen; als vorliegende Auswertung: Masterlabor 2146.

als Suchraum einbezogen werden muss. Vor allem kann es nicht um abgehobene Beobachtungsperspektiven gehen; „Transformationsprozesse [werden] aktiv begleitet und katalysiert“ (Schneidewind 2014: 2) Das entspricht auch dem in der Wissenschaft seit längerem zu konstatierenden „experimental turn“, also einer Hinwendung zu einer neuen Qualität an experimenteller Forschung in den Sozialwissenschaften: „Wie lassen sich komplexe gesellschaftliche Transformationsprozesse besser verstehen und wissenschaftlich aktiv begleiten?“ (Schneidewind, Singer-Brodowski 2013: 124f.) Es geht um eine Verbindung von theoretischen, modellhaften Zugängen mit Fallanalysen durch Experimente am Ort.

Nun lassen sich gegen diese Überlegungen hinsichtlich einer „Transformation nach Design“ einige Einwände formulieren; auch das verfolgte Transformationskonzept ist durchaus kritisch zu sehen (vgl. dazu Thomas in diesem Band). Aber selbst wenn man Abstriche mit Blick auf einen ausreichend konsequenten Transformationsanspruch in Kauf nimmt, so bleiben doch eine Reihe von nicht eingelösten Voraussetzungen und Unklarheiten, die nicht unerheblich zu den Umsetzungsproblemen in F-Stadt beigetragen haben.

Für alle beteiligten Akteure stellte die skizzierte experimentelle Situation eine neuartige und durchaus kritische Situation dar. Es ging nicht um Dialog oder Beteiligung im „klassischen Sinn“ – mit etablierten Rollen und zugestandenen Kompetenzen der jeweils Beteiligten –, sondern um eine Art von Transdisziplinarität, wo man seinen separaten „Claim“ öffnen und sich auf ein übergreifend Gemeinsames einlassen soll. Daraus begründet sich die experimentelle und offene Suche – leitend sind Unsicherheit und Risiko. Ein Reallabor ist somit ein (realer) Simulationsraum für die Vorbereitung auf anstehende (oder bereits laufende, aber noch nicht wahrgenommene) Transformationen mit realem Veränderungsanspruch. Es ist kein neuer Name für bisher bekannte Projektentwicklungsinstrumente, sondern der Versuch, eine neue Verbindung von empirisch-reflexiver Forschung (Aktionsforschung) und kommunaler Planungspraxis einzugehen. Damit gab es auch methodisch nicht nur eine deutliche Unterscheidung gegenüber der Phase 1, sondern generell gegenüber praktizierten Ansätzen von Partizipation, Beteiligung (etwa „Zukunftswerkstätten“ oder ähnlichem). Ein Schlüssel ist hier zweifellos das aktiv herzustellende Vertrauen (vgl. Nuissl, Schwarz, Thomas 2002).

Das aber sind – allgemein wie hinsichtlich der aufgezeigten stadtpolitischen Kontroversen – Bedingungen, die so auch in F-Stadt nicht gegeben waren und die auch nicht einfach vorausgesetzt werden können. Die Ausgangskonstellation für die beteiligten Partner war zudem sehr unterschiedlich. Für die Wissenschaft schienen (trotz auch von dieser vorgebrachter Einwände hinsichtlich gefährdeter Neutralität etc.) mögliche

Erkenntnisgewinne, Aussichten auf einen echten Transfer von Ideen gegeben und motivierend. Für die Bürgerschaft ergaben sich einige Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, erschienen sich abzeichnende Lernprozesse durchaus als „spannend“. Vor allem aber für die kommunale Politik (und kommunale Wirtschaft) war ein wirklicher Zugewinn eher schwer zu erkennen und galten Unsicherheit und Risiko (auch angesichts eher sakrosankter Regelungen und Anforderungen) höchstens sehr abstrakt als Herausforderung. Eine „Antizipation“ von Risiken und Konflikten schien angesichts der schwierigen und erfolgreichen Stadtentwicklung und auch mit dem umstrittenen, also auch zu „verteidigenden“ Projekt der Stadthalle, kaum als sinnvoll. Die vorgetragenen Ansprüche wissenschaftlicher Begleitung und die konkreten Umsetzungsvorschläge mussten als Zumutung erscheinen. „Die ganze Stadt ist doch schon Reallabor“ wurde so zu einem massiven Schild<sup>12</sup> gegenüber allen Zumutungen mit Blick auf Campus und einem zu entwickelnden Reallabor. Der erfolgreiche Stadtbau war das nicht zu hinterfragende Argument.

Mit der Wettbewerbslogik und -umsetzung selbst waren zudem weitere Schwierigkeiten verbunden. Zunächst einmal waren die Vorgaben zum Reallabor im Wettbewerb „Zukunftsstadt“ viel weniger deutlich auf einen transformativen und experimentellen Anspruch hin formuliert. So hieß es: Die teilnahmebereiten Städte sollen „Reallabore für soziale und technische Innovationen einrichten, in denen neue Technologien oder Verfahren im Alltag geprüft werden können. Damit sollen unter anderem Akzeptanz, Machbarkeit und Rebound-Effekte ermittelt werden. Diese spielen bei der Akzeptanzbildung in der Gesellschaft und der Förderung schnellerer Umsetzung in der Breite eine wichtige Rolle. Ebenso sollen die Koproduktion von Wissen der handelnden Akteure und der Wissenstransfer von Beginn an mitgedacht werden“ (BMBF 2015: 13).

Das ist doch eher eine traditionelle Aufgaben- und Rollenbeschreibung. Zudem wurde das Konzept kaum übergreifend weiter kommuniziert und profiliert, letztlich schien sich im gesamten Wettbewerb die Perspektive mehr auf direkte bauliche Schritte und entsprechende Planungen zu verschieben. Ungünstig ausgewirkt haben sich auch die durch die langwierigen Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene verzögerten Abstimmungen bzw. Klärungen zwischen den einzelnen Ministerien. Dies musste die Akzentuierung von primär pragmatischen Lösungen nochmals stärken. Zumal so, und auch das ist ein ernsthaftes

---

<sup>12</sup> Es ist nicht die Frage, dass Reallabore auch im Raum einer ganzen Stadt umgesetzt werden können (vgl. zu den Ebenen urbaner Labore Schneidewind 2014). Es geht darum, dass hier ein Schritt zu diesem praktischen Ansatz blockiert wurde.

Argument, ganz offensichtlich den Wettbewerbskriterien einfacher, überzeugender zu entsprechen war. Ein experimentell gehaltenes Design geriet folglich auf die „Verliererstraße“. Ein spannungsvoller Prozess wie in F-Stadt, der durchaus noch Potenzial besessen hätte, konnte deshalb nicht in die dritte Wettbewerbsphase gehen. Das erfolgreich beibehaltende pragmatische Verfahren, der konkrete Stadtumbau sind demgegenüber wohl die „zweitbeste Lösung“.

## Literatur

- Baden-Württemberg (2015). Baden-Württemberg fördert Reallabore. <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/>
- BBSR (2015): Potenziale heben – Kleinstädte in peripheren Lagen entwickeln. INFORMATIONEN aus der Forschung des BBSR, Nr. 6: 5.
- BBSR (2017): Zukunft und Potenziale von Kleinstädten. INFORMATIONEN aus der Forschung des BBSR, Nr. 5:14.
- Berking, Helmuth/Löw, Martina (Hrsg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt a.M./New York.
- BMBF (2015): „Zukunftsstadt 2030+“. Bundesanzeiger vom 6. Februar 2015. BAnz AT 06.022015 B6.
- Franzen, Martina/Hilbrich, Iris (2015): Forschen in der Gesellschaft. Citizen Science als Modell für die Sozialwissenschaften? In: WZB Mitteilungen, Heft 150. Berlin, S. 26 – 29.
- Bude, Heinz/Medicus, Thomas/Willisch, Andreas (Hrsg.) 2011: ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Stadt. Hamburg.
- IRS (2014): Kleinstädte in ländlichen Regionen: Welche Potenziale hat die Peripherie? In: ARS Aktuell No. 79, Juni: 5 – 6.
- Kegler, Harald (2014): Resilienz. Strategien & Perspektiven für die widerstandsfähige und lernende Stadt. Gütersloh, Berlin, Basel.
- Kegler, Harald (2015): Resilienz – neuer Maßstab für Gestaltung und Planen, in: Garten+Landschaft 3/2015, S. 18-22.
- Koch, Frank Thomas/Thomas, Michael et al. (2018): Studie zur wissenschaftlichen Begleitung des Projekts Zukunftsstadt Finsterwalde – durchgesehene Endfassung vom Mai 2017
- Masterlabor 2146 (2016): Resilienztest – mehr als nur Plan B, in: Planerin 3/16, S. 45-46 (Studierende der Universität Kassel, FB 6).
- Nuissl, Harald/Schwarz, Anna/Thomas, Michael (2002): Vertrauen – Kooperation – Netzwerkbildung. Unternehmerische Handlungsressourcen in prekären regionalen Kontexten, Wiesbaden.
- Putnam, Robert (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh.
- Schneidewind, Uwe (2014): urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt, pndIonline ([www.planung-neu-denken.de](http://www.planung-neu-denken.de)).
- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2013): Transformative Wissenschaft, Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem, München.
- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2014): Vom experimentellen Lernen zum transformativen Experimentieren. Reallabore als Katalysator für eine lernenden Gesellschaft auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung ([www.zfwn.de](http://www.zfwn.de)).
- Seibert, Thomas/Scharwächter, Matthias 2019: Gutachten für den Landtag Brandenburg zum Thema „Binnendifferenzierung der demografischen Entwicklungsmuster und -perspektiven in metropolenerfernen Räumen des Landes Brandenburg. Endbericht. Leipzig.

- Siebel, Walter (2009): Die Welt lebenswerter machen. Stadtplanung als Gesellschaftspolitik. In: *Mittelweg* 36, 18.Jg. (Dezember 2009/Januar 2010), S. 26 – 48
- Thomas, Michael (2001): Akteure in Konstruktionsprozessen regionaler Identität (2). Dargestellt und untersucht an Diskursen um Projekte und Leitbilder in der brandenburgischen Lausitz. *BISS Papers*, N.2. Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien.
- Thomas, Michael (2005): Ansätze und Blockaden regionaler Handlungsfähigkeit – zwischen Milieus, Netzwerken und Institutionen. In: Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hrsg.): *Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen*, Münster et al.: 125 – 181.
- Thomas, Michael (Hrsg.) (2011): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*, Münster u. a.
- Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.) (2015): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte-Fallstudien. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften*, Bd. 39, I./II. Berlin.
- Thomas, Michael (2017): Was ist möglich, wo und wenn eigentlich nichts mehr zu erwarten ist: Ländliche Provinz– Niemandland zwischen digitalen Autobahnen? In: Banse, Gerhard/Busch, Ulrich/Thomas, Michael (Hrsg.): *Digitalisierung und Transformation. Industrie 4.0 und digitalisierte Gesellschaft. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften*, Bd. 49. Berlin: 227 – 246.
- WBGU (2011): *Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltänderungen. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Hauptgutachten*. Berlin.
- Wegweiser Kommune 2016: Bertelsmannstiftung: *Wegweiser Kommune* (Stand 2012). <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/wegweiser-kommune.de/Typ9> (Zugriff: 01.06.2016 durch Frank Thomas Koch)
- Willisch, Andreas (Hrsg.) 2012: *Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen*.
- Woolcock, Michael (2000): Social Capital: Implications for Development Theory, Research, and Policy. In: *The World Bank Research Observer* 15 (2): 225 – 249.
- Zimmermann, Karsten (2008): Eigenlogik der Städte – Eine politikwissenschaftliche Sicht. In: Berking, Helmut/Löw, Martina (Hrsg.) 2008: *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt a.M./New York: 207 – 230.
- <http://nationale-plattform-zukunftsstadt.de>
- <https://journals.ub.uni-kassel.de/index.php/RRes/index> [alle Zugriffe zuletzt am 10.05.2018]
- <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/forschung/forschungspolitik/wissenschaft-fuer-nachhaltigkeit/reallabore/> [Zugriff 07.03.2010]
- (Michael Thomas, Ulrich Busch (Hg.): *Transformation im aktuellen Kontext. Chancen – Ambivalenzen – Blockaden. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät*, Bd. 58, Berlin 2019, S. 237 – 257)